

Freitag, 19. Juli

Zürcher Regierung zu «1:12»-Initiative

Eine Gefahr für den Standort Zürich

Zürich Dossier: Boni Freitag, 19. Juli



Der Zürcher Regierungsrat ist überzeugt, dass eine Annahme der «1:12»-Initiative dem Kanton schadet. (Bild: Peter Klauzner / Keystone)

Die Zürcher Regierung nimmt den Unmut über sehr hohe Löhne in gewissen Branchen zwar ernst, wie sie in einer Mitteilung schreibt. Sie ist jedoch überzeugt, dass eine Annahme der Initiative dem Kanton schadet.

üy. Die Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne» hat zum Ziel, dass künftig niemand in einem Jahr weniger verdient als die bestbezahlte Person im selben Unternehmen in einem Monat. Man nehme den «in Teilen der Bevölkerung verbreiteten Unmut über sehr hohe Löhne in gewissen Wirtschaftsbranchen ernst», so äussert sich die Zürcher Regierung nun zur eidgenössischen Initiative.

Es sei durchaus legitim, vereinzelt Auswüchse bei Lohnentwicklungen zu hinterfragen. Die Massnahmen dürften jedoch nicht über das Ziel hinausschiessen, sagt der Regierungsrat warnend. Er ist überzeugt, dass eine Annahme der Vorlage der Volkswirtschaft des Kantons und der ganzen Schweiz schaden würde. Zwar liessen sich die entsprechenden Einnahmeausfälle bei den Steuern und den Sozialversicherungen nicht verlässlich beziffern.

Exemplarisch rechnet die Regierung jedoch vor, was etwa eine Verringerung des steuerbaren Nettolohns auf 750 000 Franken für die Einnahmen von Staat und Gemeinden bedeuten würde – in der Steuerperiode 2010 verdienten im Kanton Zürich 815 Personen 750 000 Franken oder mehr. Die Steuerausfälle beliefen sich damit auf 188 Millionen Franken beziehungsweise auf 260 Millionen Franken, die direkte Bundessteuer mit eingerechnet.

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.